

Landkreis Hildesheim

**-913- Amt für
Migration und Integration
Bischof-Janssen-Str. 31
31134 Hildesheim**

Hinweis nach § 9 Abs. 2 des
Bundesdatenschutzgesetzes.
Die mit diesem Vordruck erfragten
Angaben werden aufgrund der §§ 60 bis
65 des Ersten Buch Sozialgesetzbuch
(SGB I) erhoben.

Eingang: _____

Az.: 1500/

Kreditor.: **D04-**

Der Antrag ist **vollständig** auszufüllen, jede Ziffer ist zu beantworten, Nichtzutreffendes ist zu streichen! Darüber hinaus sind sämtliche Angaben zu den persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen, insbesondere zu den Einkommens- und Vermögensverhältnissen sowie zu den geltend gemachten Ausgaben anhand von Belegen nachzuweisen.

Antrag auf Gewährung von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG)

Bemerkungen:

Hinweis:

Um sachgerecht über ihren Antrag entscheiden zu können, werden Informationen und Unterlagen benötigt. Sie werden deshalb gebeten, den Antrag sorgfältig auszufüllen. Die Richtigkeit der Angaben ist durch Unterschrift der jeweiligen Personen oder ihres gesetzlichen Vertreters auf der letzten Seite zu bestätigen. Die Datenerhebung im Zusammenhang mit dem Antrag erfolgt nach § 67 a Abs. 2 Satz 1 Sozialgesetzbuch (SGB) X. die weitere Datenverarbeitung erfolgt nach 3 67 B Abs. 1 SGB X. Ihre Mitwirkungspflicht in diesem Verfahren ergibt sich aus § 60 Abs. 1 SGB I.

1. Persönliche Daten	Antragsteller/in	Ehegatte/Lebenspartner/in
Name		
Vorname		
Religion		
Geburtsdatum		
Geburtsort / Land		
Familienstand		
Staatsangehörigkeit		
Bescheinigung über die Meldung als Asylsuchende(r) (BÜMA)		
Aufenthaltsgestattung		
Duldung		
PLZ, Wohnort		
Straße, Hausnummer		

Erklärung der nachfragenden Person bzw. deren Betreuer/in:

Wer Sozialleistungen beantragt oder erhält, hat alle Tatsachen anzugeben, die für die Leistung erheblich sind und auf Verlangen des zuständigen Leistungsträgers der Erteilung der erforderlichen Auskünfte durch Dritte zuzustimmen (§ 60 Abs. 1 Nr. 1 SGB I).

Ich versichere, dass die vorstehenden Angaben vollständig und wahr sind und dass ich nichts Wesentliches verschwiegen habe/haben. Es ist mir/uns bekannt, dass ich/wir wegen zu Unrecht erhaltener Leistungen strafrechtlich verfolgt werden kann (§ 263 Strafgesetzbuch - StGB -) und diese erstatten muss (§§ 45, 50 SGB X).

Ich bestätige/wir bestätigen ausdrücklich, davon unterrichtet worden zu sein, dass ich/wir jede Änderung der Familien-, Einkommens- und Vermögensverhältnisse, vorübergehende Abwesenheit vom Wohnort, Krankenhausaufenthalt usw. (auch von Haushaltsangehörigen) unverzüglich und unaufgefordert dem Träger der Hilfe mitzuteilen habe/haben. Die Aufnahme jeder Arbeit, auch nicht versicherungspflichtiger, geringfügiger oder Gelegenheitsarbeit usw. werde ich/ werden wir vor Aufnahme der Arbeit ebenfalls sofort anzeigen. Ich wurde/wir wurden auch darauf hingewiesen, dass ich/wir den Träger der Hilfe v o r einem evtl. von mir/uns beabsichtigten Umzug rechtzeitig zu informieren habe/n.

Ich bin/wir sind damit einverstanden, dass die Daten dieses Antrages vom Landkreis Hildesheim als örtlichen Träger der Sozialhilfe für statistische Zwecke, sowie für die Vorbereitung von Maßnahmen der Hilfe zur Arbeit nach den Bestimmungen des SGB XII/AsylbLG gespeichert und verarbeitet werden.

Den Träger der Hilfe ermächtige ich/ermächtigen wir hiermit - soweit für die Hilfestellung erforderlich - Akten anderer Sozialleistungsträger einzusehen, von denen ich/wir Leistungen erhalten habe/haben oder erhalte/erhalten.

Die Behörden, Bankinstitute und Versicherungsunternehmen jeder Art ermächtige ich/ermächtigen wir und beauftrage ich/beauftragen wir zur Auskunftserteilung über meine/unsere Einkommens-, Vermögens und sonstigen finanziellen Verhältnisse.

Diese Ermächtigungen gelten zugleich als datenschutzrechtliche Einwilligung, insbesondere auch zur Weitergabe der Daten an Bildungsträger.

Ich bin/Wir sind auf den Schutz und die Übermittlung meiner/unsere Sozialdaten hingewiesen worden. Ich bin/Wir sind auch darauf hingewiesen worden, dass ich/wir der Übermittlung meiner/unsere besonders schutzwürdigen Sozialdaten bereits jetzt widersprechen muss/müssen, wenn ich/wir damit nicht einverstanden bin/sind (§ 76 SGB X).

Ich bin/wir sind damit einverstanden, dass meine Sozialdaten im Rahmen des Rechtskreiswechsels an das zuständige Jobcenter, im Rahmen der Anmeldung als Betreute/r bei der Krankenkasse und zum Zwecke der Beratung an Asyl e.V. Hildesheim übermittelt werden dürfen.

Das Informationsblatt nach Art. 13 und 14 Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) habe ich erhalten.

6. Entbindung von der ärztlichen Schweigepflicht

Ich / Wir _____
(Antragsteller bzw. gesetzl. Vertreter)

sowie _____
(Name Ehepartner bzw. gesetzl. Vertreter)

bin / sind damit einverstanden, dass meine/unsere Befunde bzw. Arztberichte, sowie die meiner/unsere Kinder

(Name, Vorname d. Kinder)

den Ärzten des Gesundheitsamtes, des Sozialpsychiatrischen Dienstes, sowie den Sachbearbeitern des Amtes 913 zur Einsichtnahme überlassen werden. Gleiches gilt für notwendige telefonische Rückfragen im Zusammenhang ärztlicher Verordnungen.

Deshalb entbinde(n) ich/wir die für die jeweiligen Befunde bzw. Arztberichte zuständigen Ärzte von der ärztlichen Schweigepflicht.

7. Erstattungspflicht im Bereich der Unterkunft

Ich / Wir verpflichte/n mich/uns für die von mir/uns verursachten Beschädigungen am Eigentum des Landkreises Hildesheim bzw. der Mietsache aufzukommen.

Die Richtigkeit aller Angaben bestätige ich/bestätigen wir ausdrücklich durch eigenhändige Unterschrift.	
Ort, Datum	
Hildesheim, den	X
	Unterschrift des Antragstellers bzw. gesetzl. Vertreters / gesetzl. Vertreterin
Hildesheim, den	X
Unterschrift d. Sachbearbeiter/in	Unterschrift des Ehepartners bzw. gesetzl. Vertreters / gesetzl. Vertreterin

Informationspflichten nach Art. 13 u. 14 DSGVO

1. Bezeichnung der Verarbeitungstätigkeit

Datenschutzhinweis in Zusammenhang mit der Gewährung von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG), dem Aufnahmegesetz (AufnG) oder einer sonstigen leistungsrechtlichen Amtshandlung

2. Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen

Grundsätzlich verantwortlich für die datenschutzrechtlichen Angelegenheiten des Landkreises Hildesheim, ist die Behördenleitung, Herr Landrat Bernd Lynack.

Kontaktdaten: Landkreis Hildesheim, Bischof-Janssen-Str. 31, 31134 Hildesheim, E-Mail: info@landkreishildesheim.de
Darüber hinaus können Sie sich an den Datenschutzbeauftragten des Landkreis Hildesheim wenden. E-Mail: datenschutz@landkreishildesheim.de

3. Zwecke und Rechtsgrundlagen der Verarbeitung

Die Daten werden zum Zweck der Ausführung des AsylbLG, des AufnG sowie weiterer einschlägiger leistungsrechtlicher Bestimmungen in anderen Gesetzen erhoben und verarbeitet, soweit dies zur Erfüllung der Aufgaben nach diesen Rechtsvorschriften erforderlich ist. Ist beabsichtigt die personenbezogenen Daten für einen anderen Zweck weiterzuverarbeiten, so werden Sie vor dieser Weiterverarbeitung über diesen anderen Zweck durch den Landkreis Hildesheim informiert.

Insbesondere werden die Daten erhoben:

- zur Prüfung und Entscheidung über Anträge auf Gewährung von Leistungen nach den §§ 3 - 6 AsylbLG
- zur Prüfung, Entscheidung und Leistungsgewährung bzgl. Arbeitsgelegenheiten nach § 5 und 5 a AsylbLG
- zur Prüfung und Entscheidung über die Verpflichtung zur Teilnahme an einem Integrationskurs nach § 5 b AsylbLG
- zur Prüfung und Entscheidung bzgl. der Gewährung von Leistungen aus dem Bereich Bildung und Teilhabe
- zur Prüfung und Entscheidung bzgl. der Gewährung von Leistungen in besonderen Fällen nach § 2 AsylbLG
- zur Prüfung von Anspruchseinschränkungen nach § 1 a AsylbLG
- zur Prüfung von Kostenerstattungen zwischen verschiedenen Leistungsträgern
- in Verbindung mit Prüfung und Entscheidung bzgl. der Zuweisung und Wohnsitznahme in Asylunterkünften bzw. in privaten Wohnmöglichkeiten
- zur Pflege der sogenannten Asylbewerberleistungsstatistik

Ihre Daten werden jeweils auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 Satz 1 Buchst. e Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) und § 3 Niedersächsisches Datenschutzgesetz (NDSG) verarbeitet.

4. Welche personenbezogenen Daten verarbeiten wir?

Der Landkreis Hildesheim verarbeitet auf diese Weise folgende personenbezogene Daten von Ihnen:

- Personalien (insbesondere Name, Vorname, Geburtsdatum, Geburtsort, Familienstand und Staatsangehörigkeit, Lichtbild)
- Daten zu Aufenthaltsdauer und –status (insbesondere Einreisedatum, Passdokument, Aufenthaltsrecht, ausländerrechtliche Entscheidungen anderer Behörden)
- Wohnsitz (insbesondere aktuelle und frühere Wohnanschriften)
- Leistungsrechtliche Daten (Bezugszeitraum, Leistungshöhe, Hintergrund der Bedürftigkeit)
- strafrechtliche Ahndungen (insbesondere Straftat, Datum, Urteil, Strafmaß)

5. Wer sind die Empfänger der personenbezogenen Daten?

Ihre personenbezogenen Daten werden ggf. weitergegeben an:

- Amt 106 – Kämmerei und Kreiskasse, Landkreis Hildesheim, um gewährte Leistungen auszahlen sowie Gebühren, Auslagen und sonstige Forderungen annehmen zu können bzw. die Zahlung zu überwachen
- Amt 409 – Gesundheitsamt, Landkreis Hildesheim, um ärztliche Gutachten zur Gewährung von Leistungen nach § 4 AsylbLG abzugeben - Landesamt für Statistik Niedersachsen (§ 12 Abs. 6 AsylbLG)
- Leistungsbehörden (§ 10 b Abs. 1 AsylbLG)
- Ausländerbehörden (§ 11 Abs. 3 AsylbLG)

6. Übermittlung von personenbezogenen Daten an ein Drittland

An ein Drittland werden keine personenbezogenen Daten übermittelt.

7. Unter welchen Voraussetzungen dürfen wir Ihre Daten an Dritte weitergeben?

Die hier uns erhobenen bzw. uns bekannt gewordenen personenbezogenen Daten dürfen wir im Einklang mit dem Sozialdatenschutz sowie den Bestimmungen der DSGVO nur dann an andere Personen oder Stellen weitergeben, wenn die Weitergabe gesetzlich zugelassen ist. Eine Weitergabe der Daten kann unter Umständen z.B. an Gerichte, Strafverfolgungsbehörden, Behörden in den Ländern erfolgen.

8. Wie verarbeiten wir Ihre Daten?

In weitgehend automationsgestützten Verfahren werden Ihre personenbezogenen Daten gespeichert. Wir setzen dabei technische und organisatorische Sicherheitsmaßnahmen -entsprechend dem aktuellen Stand der Technik- ein, um Ihre personenbezogenen Daten gegen unbeabsichtigte oder unrechtmäßige Vernichtung, Verlust oder Veränderung sowie gegen unbefugte Offenlegung oder unbefugten Zugang zu schützen.

9. Wie lange speichern wir Ihre Daten?

Personenbezogene Daten werden solange gespeichert, wie Sie für die einzelnen Verfahren erforderlich sind oder eine gesetzliche Grundlage die Speicherdauer vorgibt.

10. Welche Rechte (Auskunftsrecht, Widerspruchsrecht usw.) haben Sie?

Sie haben nach der Datenschutz-Grundverordnung verschiedene Rechte. Einzelheiten ergeben sich insbesondere aus Artikel 15 bis 18 und 21 der Datenschutz-Grundverordnung.

Recht auf Auskunft

Sie können Auskunft über Ihre von uns verarbeiteten personenbezogenen Daten verlangen. In Ihrem Auskunftsantrag sollten Sie Ihr Anliegen präzisieren, um uns das Zusammenstellen der erforderlichen Daten zu erleichtern. Daher sollten in dem Antrag möglichst Angaben zum konkreten Verwaltungsverfahren gemacht werden.

Recht auf Berichtigung

Sollten die Sie betreffenden Angaben nicht (mehr) zutreffend sein, können Sie eine Berichtigung verlangen. Sollten Ihre Daten unvollständig sein, können Sie eine Vervollständigung verlangen.

Recht auf Löschung

Sie können die Löschung Ihrer personenbezogenen Daten verlangen. Ihr Anspruch auf Löschung hängt u. a. davon ab, ob die Sie betreffenden Daten von uns zur Erfüllung unserer gesetzlichen Aufgaben noch benötigt werden.

Recht auf Einschränkung der Verarbeitung und Datenübertragbarkeit

Sie haben das Recht, eine Einschränkung der Verarbeitung der Sie betreffenden Daten zu verlangen. Die Einschränkung steht einer Verarbeitung nicht entgegen, soweit an der Verarbeitung ein wichtiges öffentliches Interesse besteht.

Recht auf Widerspruch gegen die Verarbeitung

Sie haben das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit der Verarbeitung der Sie betreffenden Daten zu widersprechen. Allerdings können wir dem nicht nachkommen, wenn an der Verarbeitung ein überwiegendes öffentliches Interesse besteht oder eine Rechtsvorschrift uns zur Verarbeitung verpflichtet.

Recht auf Beschwerde

Wenn Sie der Auffassung sind, dass wir Ihrem Anliegen nicht oder nicht in vollem Umfang nachgekommen sind, können Sie bei der zuständigen Datenschutzaufsichtsbehörde Beschwerde einlegen.

Die Kontaktdaten der Niedersächsischen Aufsichtsbehörde für den Datenschutz lauten: Landesbeauftragte für den Datenschutz Niedersachsen, Prinzenstr.5, 30159 Hannover,
E-Mail: poststelle@fd.niedersachsen.de